

The party is over

68,7 Millionen Euro Deckungslücke im Auricher Haushalt – Nachtragshaushalt sichert Aurichs Zahlungsfähigkeit

Wortlaut: Stellungnahme der GFA-Stadtratsfraktion zum Nachtragshaushalt 2014 in der Sitzung des Stadtrates am 23.10.2014

(Rede der Fraktionsvorsitzenden Sigrid Griesel – es gilt das gesprochene Wort)

Frau Ratsvorsitzende, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,



noch nicht einmal 5 Monate ist es her, dass Sie hier im Ratsaal den Haushalt für das Jahr 2014 beschlossen haben. Für unsere Fraktion habe ich unsere ablehnende Haltung damals ausführlich erläutert und meine Haushaltsrede am 05. Juni mit einem ungewöhnlichen Wunsch abgeschlossen. Denn unsere Fraktion hat sich damals zum Wohle unserer Stadt gewünscht, mit ihren Prognosen und Berechnungen „wenigstens diesmal falsch zu liegen“. Und dieser Wunsch war durchaus ernst gemeint, denn wir sahen schon damals erhebliche Probleme auf die Stadt zukommen und haben das auch ausführlich begründet – und wie ich meine- auch für Jedermann nachvollziehbar

gemacht. Wir kennen aber alle die Geschichte, denn mehrheitlich ist dieser Rat wieder einmal blind der Verwaltung gefolgt und hat damit jede Chance zur Umsteuerung der Finanzpolitik vertan.

Und jetzt, nicht einmal 5 Monate später wird offenkundig, das wir leider mal wieder Recht behalten haben und es sogar noch schlimmer gekommen ist. Denn wir hatten die Gewerbesteuererrückzahlungen mit rd. 20 Mio. € bereits auf der Rechnung und wollten deshalb Vorsorge treffen. Ich kann mich aber noch erinnern, dass Herr Kötting damals sogar nicht ausschloss, wir könnten sogar noch Nachzahlungen erhalten, obwohl es gerade dafür überhaupt keine sachliche Begründung gab. Er wollte aber wohl nur zum Ausdruck bringen, was er von unserer Einschätzung hielt – nämlich nichts!



Nun aber sind es also, wie wir jetzt wissen, mit Zinszahlungen sogar 23 Mio. € geworden, die unser Haushalt nun zu verkraften hat. Besonders ärgerlich ist für die Stadt, dass sie kaum eigene Zinsvorteile durch die Überzahlung hatte, nun aber annähernd 6 Mio. Zinszahlungen für die Überzahlung zu leisten hat, weil ein Zinssatz von sage und schreibe 6 % geleistet werden muss. Hier ist deshalb auch ein echter Schaden für die Stadt entstanden, den nun die Gesamtheit der Steuerzahler zu tragen hat.

Zusammenfassend kann ich heute also feststellen, dass wir nun wohl endlich alle akzeptieren müssen, dass es auf Dauer einfach nicht ausreicht, sich der Realität zu verweigern – nur, weil sie gerade mal nicht ins eigene politische Konzept passt. Aber darin ist man in diesem Hause leider mittlerweile sehr geübt. Und selbst die CDU-Fraktion, der die Bürger noch am ehesten eine Wirtschafts- und Finanzkompetenz unterstellen, hat hier zu diesem traurigen Ergebnis aktiv beigetragen. Es bleibt für unsere Bürgerinnen und Bürger also nur zu hoffen, dass auch die Politik mehrheitlich endlich begreift:

the party is over!



Ich habe mich daher auch nicht wirklich gewundert, dass in der vor einer Woche stattgefundenen Finanzausschusssitzung der Nachtrag fast ohne Anmerkungen der großen Fraktionen einfach durchgewunken wurde. Es ist ja auch schwer, die Realität zu verdauen, erst recht, wenn man versucht zu hinterfragen, was das eigentlich für die nächsten Jahre bedeutet. Und natürlich wissen wir alle, dass eine Umsteuerung für das Jahr 2014 heute nicht mehr möglich ist. Und auch darauf hatte unsere Fraktion im Juni schon hingewiesen!

Wir müssen also für das Jahr 2014 heute zwangsläufig hinnehmen, dass

- unser Haushalt eine Deckungslücke in Höhe von 68,7 Mio. € ausweist.

Und heute würde sogar ich dem SPD-Finanzsprecher, Herrn Wilts, zustimmen, wenn er wieder behaupten würde, wir hätten es auch diesmal mit einem Etat der „Superlative“ zu tun! Denn in der Tat, so etwas hat es in der Auricher Geschichte noch nicht gegeben!

- Wenn der Haushalt trotzdem als „ausgeglichen“ gilt, so

liegt das u.a. daran, dass wir die über Jahre angesammelte „Überschussrücklage“ fast komplett geplündert haben. Und dies, obwohl absehbar ist, dass wir diese in den nächsten Jahren noch dringend brauchen. Das wird spätestens im Jahre 2016 offenkundig werden.

- Wir müssen also auch noch hinnehmen, dass wir zusätzlich einen erheblichen Liquiditätsengpass haben und unseren Dispo-Kredit um 30 Mio. € auf 50 Mio. € aufstocken müssen – und dies trotz einer Überschussrücklage von rd. 87 Mio. €. Bei jedem echten Unternehmer würden die Alarmglocken längst läuten. Wir aber machen uns mehrheitlich noch immer keine Sorgen!? Ich kann mir diese Ruhe dagegen kaum erklären, es sei denn, ich unterstelle eine gewisse Resignation vor der unbequemen Realität.
- Und natürlich wissen wir auch, dass wir allein in diesem Jahr zusätzlich noch langfristige Kreditaufnahmen in Höhe von insgesamt rd. 31 Mio. € benötigen. Auch diese Summe ist, bezogen auf die Jahressumme einmalig in der Auricher Geschichte! Und auch in den nächsten Jahren ist eine Netto-Neuverschuldung notwendig, obwohl nicht einmal die Kosten für die Lademaßverbreiterung der Strecke Aurich-Abelitz und auch keine Kosten für das Bundeswehrgelände eingeplant sind. Und der zukünftige Schattenhaushalt der Stadtwerke, für den auch die Stadt wesentliche Schuldübernahmen tätigen muss, sei dabei sogar nur am Rande erwähnt.

Das Schlimmste ist aber: All das war vorhersehbar und deshalb hat unsere Fraktion ja in der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Haushalt 2014 auch erhebliche Einsparungsvorschläge in zweistelliger Millionenhöhe gemacht, wie z.B. den Verzicht auf die Verbindungsstraße, die bekanntlich nicht zu den erhofften Verkehrsberuhigungen führen wird, deren Bau aber zwischenzeitlich begonnen worden ist und die mittlerweile doppelt so teuer wird, wie ursprünglich geplant. Rd. 12.000 € kostet



hier jeder Meter Straße im Durchschnitt! Welche Straßensanierungsmaßnahmen könnte man wohl für diese Summe sinnvoller Weise besser durchführen? Die Antworten kennen die Ortsräte!

Und die anderen Vorschläge zu wiederholen erspare ich mir an dieser Stelle, denn bis auf den Verzicht auf den Bau der Polizeiwerkstatt ist keinem unserer wesentlichen Vorschläge gefolgt worden. Ganz im Gegenteil:

Das Experiment der Stadtwerke ist bereits in vollem Gange, Ende offen.

Jetzt umzulenken ist deshalb auch schwieriger denn je, weil wertvolle Zeit zur Umsteuerung der Finanzpolitik mittlerweile mehr oder weniger nutzlos verstrichen ist.

Immerhin folgt die Verwaltung mittlerweile in kleinen Schritten unserer Fraktion, wir konnten es selbst kaum glauben. Aber wer die Verwaltungsvorlage zum Jahresabschluss 2012 vom 21.11.2013 liest wird dort folgenden Satz finden:

„Darüber hinaus erwartet die Stadt Aurich erhebliche Folgekosten aus den erfolgten bzw. in Planung befindlichen Investitionen (insbesondere: Familien- und Wohlfühlbad, Energie-, Bildungs- und Erlebniszentrum (EEZ), Familienzentrum, Feuerwehren und Krippenausbau), da diese Einrichtungen dauerhaft nicht kostendeckend betrieben werden können.“

Man könnte fast glauben, die Verwaltung hat bei der GfA- abgeschrieben! Schade nur, dass die Verwaltung die Politik darauf nicht vor Beschlussfassung mit Nachdruck hingewiesen hat, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Denn genau diese Folgekosten, die ich mal für das Bad, das EEZ und das Familienzentrum allein mit schlappen 4-5 Mio. € p.A. beziffern würde, wird sich die Stadt dauerhaft nicht leisten können!

Was ist jetzt noch zu tun?

Wer also nicht weiterhin nur hoffen und einfach abwarten will, würde spätestens jetzt alle nicht begonnenen Maßnahmen ernsthaft auf den Prüfstand stellen und da meine ich auch die

Haushaltsreste und sogar das Experiment der Stadtwerke könnte noch abgebrochen werden.

Geradezu ein Glücksfall ist auch, dass entgegen der ursprünglichen Planung (!), das Personal des EEZ nun doch aus rechtlichen Gründen **nicht** bei der Stadt angestellt wird, sondern bei der Trägergesellschaft des EEZ. Genau das hatte die GFA schon im Oktober des vergangenen Jahres gefordert, aber auch dies wurde von der Ratsmehrheit unkritisch abgeschmettert. Man muss aber durchaus nach wie vor darüber reden dürfen, ob hier wirklich der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes mit den Kosten der Zusatzversorgung installiert werden soll, obwohl die hier zu verrichtenden Tätigkeiten nicht den üblicherweise anfallenden Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes entsprechen. Es ist doch mehr als erstaunlich, dass die Fraktionen, die hier eine Gleichbehandlung fordern, als Kreistagsfraktion genau das Gegenteil mitbeschlossen haben. Kann mir das mal jemand schlüssig erklären?



Es muss diesem Rat doch wirklich endlich ausreichen, dass sich die Personalkosten in den letzten 8 Jahren um fast 8 Mio. € erhöht haben. Wie soll das alles, verbunden mit den erheblichen Folgekosten für die neu geschaffenen Einrichtungen denn in der mittelfristigen Finanzplanung noch aufgefangen werden, zumal jährliche Steigerungsraten automatisch anfallen? Setzen Sie doch bei den Personalkosten einfach mal nur 1,5 % p.A. Steigerungsrate an, dann sind das jährlich schon rd. 350.000 € mehr, ohne eine zusätzliche Stelle zu schaffen! In jeweils 3 Jahren also eine automatische Steigerung von rd. 1 Mio. € ohne Beförderungen und ohne weitere Neueinstellungen!



GfA: Haushaltspolitische Minderheitsfraktion

Auch hier ist allein schon deshalb eine kritischere Betrachtung erforderlich, ich erinnere hier nur an die aktuelle Stellenausschreibung für den Fachbereichsleiter, dessen Stelle als Laufbahnbeamter nun nach A 15 angehoben werden soll, mit wesentlichen Auswirkungen auf den Rest der Verwaltung, ich hatte darauf in der Finanzausschusssitzung hingewiesen. Denn unsere Bevölkerungszahlen gehen erwartungsgemäß zurück und nähern sich denen des Jahres 1996, so dass auch die Auswirkungen des demografischen Wandels längst in Aurich angekommen sind. Darauf muss man dann endlich auch mal reagieren! Oder hat schon jemand eine Idee, wie man allein die tariflichen Steigerungsraten der Personalkosten zu-

künftig durch Einsparungen neutralisieren will?

Und es sind auch unangenehme Wahrheiten endlich zu akzeptieren, wie z.B. dass wir noch immer weiter Kindergärten ausbauen, obwohl wir fast hundert freie Plätze haben, das wir über zukünftige Schulstandorte reden müssen und vieles mehr. Es gibt tatsächlich eine Vielzahl von Problemen, die endlich ernsthaft angepackt werden müssen. Immer nur auf hohe Steuereinnahmen zu hoffen ist einfach zu wenig!

Ich fasse deshalb zusammen:

Wir werden auch diesem Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 heute nicht zustimmen. Denn alle unsere Warnungen sind seit Ende 2011 ins Reich der Fabeln verwiesen worden und so hat es auch keine ernsthaften Auseinandersetzungen gegeben, diesen sich längst abzeichnenden Finanzkollaps der Stadt noch zu verhindern.

Der heute zu beschließende Nachtragshaushalt ist deshalb auch lediglich das Ergebnis einer euphorischen und wenig weitsichtigen Finanzpolitik, die wir zu keiner Zeit unterstützt haben und auch zukünftig nicht unterstützen werden. Aber

genau diese verfehlte Finanzpolitik der letzten Jahre wird unsere politische Arbeit in den nächsten Jahren massiv negativ beeinträchtigen und auch prägen, ohne dass wir überrascht sein



können. Spätestens im Jahre 2016 wird das dann auch für Jedermann offenkundig werden. Aber solange kann die Ratsmehrheit noch darauf hoffen, dass die Folgewirkungen der Finanzpolitik der vergangenen Jahre der breiten Masse unserer Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin mehr oder weniger verborgen bleibt. Leider ist das öffentliche Interesse für die schon heute absehbaren Folgen dieser Politik noch nicht ge-

weckt.

Ich würde aber dies lediglich als „die Ruhe vor dem Sturm“ bezeichnen, denn die ersten Haushaltssanierungsmaßnahmen werden als „Weckruf“ verstanden werden, da bin ich mir schon heute ganz sicher. Und dann beginnt die schwierige Arbeit der Haushaltssanierer, die dann hoffentlich genauso bereit stehen, wie die Geldverteiler der letzten Jahre und uns allen beweisen, was sie wirklich können. Denn eine Stadt mit wenig Geld sozial, gerecht und nachhaltig zu gestalten ist die wahre Kunst der politischen Arbeit von Rat und Verwaltung.

Natürlich wird sich die GfA auch zukünftig bemühen, konstruktiv an der Lösung der Probleme mitzuwirken, auch wenn wir diese nicht verursacht oder zu vertreten haben.



Ende der Schönwetter-Politik: Für Aurich sprudeln die Gewerbesteuer-Einnahmen nicht mehr wie gewohnt

Wir haben bereits bewiesen, dass wir nicht aufgeben oder gar resignieren, nur weil unseren Vorschlägen nicht gefolgt wird oder weil man uns gelegentlich mit unqualifizierten Anmerkungen begleitet. Ganz im Gegenteil, das beflügelt uns

eher, weil dann meist sehr deutlich wird, wie sehr wir den Kern einer Sache getroffen haben ! Wir bleiben deshalb auch weiterhin gesprächsbereit.

Und wir bleiben auch weiterhin die einzige Fraktion, die den Mut hat, Ihre Aussagen und insbesondere unsere Prognosen im Internet zu veröffentlichen um so den Bürgerinnen und Bürgern auch noch nach Monaten zu ermöglichen, die Aussagen mit der Realität zu vergleichen. Diese Transparenz, die gleichzeitig auch eine Art „Qualitätskontrolle“ ist, ist zwar in der Politik nicht üblich, sie ist für uns aber auch weiterhin selbstverständlich.